

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Winfried Wolf, Wolfgang Gehrcke, Carsten Hübner, Heidi Lippmann und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/3741 –**

Wachsende Militarisierung in Mindanao (Philippinen)

Seit 28 Jahren kämpft die moslemische Minderheit der Philippinen, deren größter Teil auf Mindanao lebt, für einen unabhängigen Staat. Mittlerweile hat sich die moslemische Bewegung in zahlreiche Organisationen aufgespalten. Einer, der 1996 ein Friedensabkommen mit der Regierung in Manila unterzeichnet hat, ist Nur Misuari von der Moro National Liberation Front (MNLF). Die Kritiker des Abkommens haben sich danach in der Moro Islamic Liberation Front (MILF) organisiert. Das Verhandlungsergebnis, das bis heute von der philippinischen Regierung nicht ratifiziert wurde, beinhaltete soziale und infrastrukturelle Unterstützung für den von Armut geprägten Teil der Philippinen. Die versprochenen Leistungen der Regierung – Wohnungen, Schulen und Gesundheitsversorgung – wurden bisher jedoch nur ansatzweise umgesetzt.

Die philippinische Regierung in Manila verfolgt seit Anfang März ihren so genannten O-Plan Mindanao II/Black Rain. Erklärtes Ziel ist es, die wichtige Widerstandsbewegung im Süden des Archipels, die Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF) unter der Führung von Hashim Sakanat, militärisch zu zerschlagen. Im Mai d. J. haben Marine- und andere Eliteeinheiten der philippinischen Armee einen Belagerungsring um das Hauptquartier der Widerstandsorganisation, der MILF in den Provinzen Lanao und Maguindanao gezogen. Philippinische Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen beziffern die Zahl der bereits evakuierten Zivilisten mit 300 000 bis 500 000. Gleichzeitig wurden über 1 000 rekrutierte Paramilitärs, Mitglieder der so genannten CAFGU (Citizens Armed Forces Geographical Units), zur Unterstützung der Armee in dieses Gebiet abkommandiert. Damit sind schätzungsweise achtzig Prozent der Kampfverbände im Süden des Archipels konzentriert.

In einer am 2. Mai 2000 unter dem Titel „A Statement of Concern“ veröffentlichten Erklärung des BangsaMoro Consortiums heißt es: „Wir fordern eine sofortige Einstellung der andauernden Feindseligkeiten, weil die Probleme in Mindanao niemals gewaltsam zu lösen sind, wie das in der Geschichte mehrfach bewiesen wurde. Wir fordern die Einbeziehung einer dritten Partei in den Prozess einer friedlichen Konfliktlösung. Diese dritte Partei sollte neben loka-

len und internationalen Vertretern auch aus Emissären der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen sowie Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft und religiöser Organisationen zusammengesetzt sein.“ Das BangsaMoro Consortium ist ein Zusammenschluss verschiedener muslimischer Nichtregierungs- und so genannter Volksorganisationen sowie Kooperativen auf den südlichen, westlichen und zentralen Landesteilen Mindanaos.

Auf der südphilippinischen Insel Jolo werden seit Ostern d. J. 21 aus Malaysia verschleppte Touristen als Geiseln festgehalten, darunter auch drei Deutsche. Verantwortliche des Geiseldramas sollen Mitglieder der Abu Sayyaf Gruppe (ASG) sein.

1. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über:

- Einsätze der philippinischen Armee in Mindanao,
- die soziale Lage der Menschen in Mindanao,
- eine Verletzung der Menschenrechte in den letzten fünf Jahren in Mindanao?

Die philippinische Armee wird in Mindanao zur Bekämpfung der hauptsächlich moslemischen Rebellen eingesetzt. Haupteinsatzgebiete sind Zentral-Mindanao (Provinzen Maguindanao, Lanao del Sur und del Norte, North und South Cotabao, Sultan Kudarat) sowie die Inseln Basilan und Jolo.

Vor Ausbruch der jüngsten größeren Zusammenstöße mit der MILF im Frühjahr waren ca. 60 % der philippinischen Streitkräfte in Mindanao stationiert. Im Verlauf der militärischen Operationen hat sich dieser Anteil in den letzten Monaten noch erhöht.

Ziel der aktuellen Regierungsoffensive ist es, die in den letzten Jahren aufgebauten militärischen Strukturen der MILF durch Einnahme deren Militärcamps zu zerstören. Mit Einnahme des Hauptquartiers Camp Abubacar am 9. Juli 2000 sind die militärischen Ziele größtenteils erreicht worden.

Die Insel Mindanao zählt traditionell zu den ärmsten und unterentwickeltesten Regionen der Philippinen. Dies gilt insbesondere für die überwiegend moslemisch besiedelten Provinzen.

So sind z. B. der Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung und die Analphabetenrate überdurchschnittlich hoch.

Nach Zahlen des National Statistics Office von 1997 sind 57,3 % der Bevölkerung der Autonomous Region in Muslim Mindanao (ARMM) als arm eingestuft; d. h., sie verfügen über ein Jahreseinkommen von unter 11 319 Pesos. Der nationale Durchschnitt liegt bei 31,8 %. Die Arbeitslosenquote liegt bei über 20 %.

Durch die Kämpfe der letzten Monate hat sich die Lage der Bevölkerung in den Kampfgebieten weiter verschlechtert. Je nach Schätzungen sind zwischen 200 000 und 600 000 Menschen derzeit auf der Flucht.

In Mindanao kommt es immer wieder zu Übergriffen von Militär und Polizei auf Regierungsseite oder von der moslemischen Separatistenorganisation MILF. Der Bundesregierung liegen jedoch keine Erkenntnisse vor, dass diese Menschenrechtsverletzungen Teil der Regierungspolitik wären oder von ihr grundsätzlich geduldet würden. Es liegen der Bundesregierung auch keine Erkenntnisse vor, dass diese Übergriffe planmäßig durchgeführt oder zentral gesteuert würden.

2. Welche entwicklungspolitischen Projekte werden von der Bundesregierung dort gefördert bzw. selbst durchgeführt?

Wegen der Sicherheitslage gab und gibt es keine direkten bilateralen Maßnahmen im muslimischen Teil von Mindanao. Laufende bilaterale Vorhaben im nichtmuslimischen Teil, deren Wirkungen auch der muslimischen Bevölkerung in der südlichen Inselregion zugute kommen, betreffen Förderung der beruflichen Qualifikation sowie von Kleinunternehmern, ländlichen Gesundheitsdiensten und Maßnahmen zur Familienplanung sowie die Wartung von Krankenhausgeräten. Bei diesen Vorhaben wird derzeit eine weitere Förderung mit spezifischen Komponenten für die muslimische Bevölkerung geprüft.

Daneben ist die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit (EZ) auf Palawan, deren südlicher Teil auch zur autonomen muslimischen Region (ARMM) gehört, mit Projekten der Trinkwasserversorgung und der Wiederaufforstung aktiv.

Aus Mitteln der EZ werden femer Programme deutscher Nichtregierungsorganisationen zur Armutsbekämpfung und Stärkung der Selbsthilfestrukturen wie z. B. Beratung bei der standortgerechten Landwirtschaft auf Mindanao mitfinanziert, z. B. Projekte von „Ärzte für die Dritte Welt“.

3. Hat die Bundesregierung in den letzten 10 Jahren Genehmigungen für den Export von Rüstungsgütern nach den Philippinen erteilt?

Wenn ja, um welche Rüstungsexporte handelte es sich?

In den letzten 10 Jahren wurden knapp über 90 Genehmigungen mit einem Gesamtwert von rd. 4,5 Mio. DM für den Export von Rüstungsgütern in die Philippinen erteilt. Diese Lieferungen konzentrierten sich auf Technologien für den maritimen Bereich, Simulationsgeräte, Handfeuerwaffen, vor allem zum Schutz öffentlicher Einrichtungen in Manila (Zentralbank), sowie Jagd- und Sportgewehre.

4. Hat die Bundesregierung in den letzten 10 Jahren Lizenzen für die Produktion von Rüstungsgütern vergeben?

Wenn ja, um welche Art der Lizenzvergabe handelte es sich und welchen Wert hatte diese?

Ein Lizenzvertrag ist privatrechtlicher Natur, die Bundesregierung schließt üblicherweise derartige Verträge im Rüstungsbereich nicht ab. Zur Erfüllung von Lizenzverträgen über die Herstellung von Rüstungsgütern bedarf es der Übermittlung von Fertigungsunterlagen, deren Ausfuhr genehmigungspflichtig ist. Derartige Genehmigungen sind für die Philippinen in den letzten 10 Jahren nicht erteilt worden.

5. Wurden der philippinischen Regierung in den letzten 10 Jahren Ausstattungshilfen oder andere militärische oder polizeiliche Unterstützung (z. B.

Rüstungs-sonderhilfen) der Bundesrepublik Deutschland bzw. der Bundesländer gewährt?

Wenn ja, um welche Art der Hilfe handelte es sich und welchen Wert hatte sie?

Im Rahmen humanitärer Hilfen (Erdbeben, Flut, Vulkanausbruch) wurde in den Jahren 1990, 1991 und 1992 Sanitätsmaterial aus Bundeswehr-Beständen geliefert; weitere Materialabgaben erfolgten nicht.

Das Bundeskriminalamt hat im Rahmen seiner Ausbildungs- und Ausstattungshilfemaßnahmen der Rauschgiftbekämpfungsabteilung der philippinischen Polizei im Jahre 1993 Rauschgifttestsätze im Wert von 5 000,- DM und im Jahre 1994 20 Handfunkgeräte im Wert von 57 000,- DM zur Verfügung gestellt.

6. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung von Pax Christi International, wonach im Süden der Philippinen ein Bürgerkrieg droht und eine Befriedung der Region nur durch einen christlich-muslimischen Dialog möglich sei (KNA 19.6.00) und ist sie bereit, interreligiöse Initiativen wie von Alab Katipunan, einer Menschenrechtsorganisation (epd 9/10/00), zu fördern?

Die militärischen Auseinandersetzungen beschränken sich bis zum jetzigen Zeitpunkt hauptsächlich auf die philippinischen Streitkräfte und die MILF.

Es ist allerdings nicht zu übersehen, dass zwischen dem christlichen und dem moslemischen Bevölkerungsteil, genährt durch soziale Unterschiede, erhebliches Konfliktpotential besteht. Die religiösen Führer beider Lager sind in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit jedoch um einen Ausgleich bemüht.

Eine dauerhafte Befriedung wird nur von der Regierung der Philippinen und den vor Ort beteiligten Parteien zu erreichen sein. Die Bundesregierung unterstützt im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit mit den Philippinen auch Maßnahmen, die dort den christlich-muslimischen Dialog fördern sollen.

7. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung von Pax Christi International, dass „es Verbindungen zwischen Abu Sayyaf und anderen internationalen Terroristen zu geben“ scheine und dass die Gruppe vor allem an Geld interessiert sei?

Zu Verbindungen zwischen der Abu Sayyaf und internationalen Terroristenvereinigungen gibt es keine Erkenntnisse. Allerdings dürften sich unter den Mitgliedern von Abu Sayyaf einige ehemalige Afghani Stankämpfer befinden, die im arabischen Ausland ausgebildet worden sind.

Die Abu Sayyaf hat sich seit ihrer Gründung Anfang der 90er Jahre von einer religiös und sozial motivierten Gruppierung zu einer kriminellen Vereinigung entwickelt, deren ideologischer Hintergrund fast völlig verloren gegangen ist. Sie finanziert sich hauptsächlich durch Entführung, Raub, Erpressung etc.

Nach Schätzungen der Armee war Abu Sayyaf in den letzten neun Jahren an mindestens 70 Fällen von Entführung, Mord und Körperverletzung beteiligt. Die tatsächlichen Zahlen dürften sogar noch höher liegen, da ein Großteil der Straftaten, insbesondere Entführungsfälle, den Behörden gar nicht zur Kenntnis kommt.

Gegründet wurde Abu Sayyaf 1991 in Basilan von Abdurajak Abubacar Janjalani, der mehrere Studienjahre in Saudi-Arabien und Libyen verbracht hatte. Bereits unter seiner Führung war die Gruppe für ihre brutale und menschenverachtende Vorgehensweise bekannt. Nachdem er im Dezember 1998 bei einem Gefecht mit der Polizei umgekommen war, ging die Führung auf seinen jüngeren Bruder Khaddafy Janjalani über, der allerdings nicht über denselben intellektuellen Hintergrund wie sein Bruder verfügt und auch nicht von allen Rebellengruppen als Führer anerkannt wird.

Hauptoperationsgebiet der Gruppe sind die Inseln Jolo und Basilan. Abu Sayyaf verfügt über keine festen Organisations- und Befehlsstrukturen. Über ihre personelle Stärke gibt es keine verlässlichen Angaben. Die Kerntruppe dürfte 100 bis 200 Personen nicht überschreiten. Allerdings kann sich die Gruppe durch Rekrutierungen und entsprechende Zahlungen jederzeit erheblich verstärken – wie kürzlich auf Jolo geschehen (zzt. etwa 500 Personen). Daneben gibt es ein großes unter Waffen stehendes Sympathisantenfeld.

8. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über christliche Milizen, die bereit sind, gegen Muslime zu kämpfen?

Christliche Milizen (sog. vigilantes) organisieren sich vereinzelt auf lokaler Ebene. Ihre Ziele bestehen hauptsächlich in der Terrorisierung der örtlichen moslemischen Bevölkerung. Es bestehen bisher keine überregionalen Organisationsstrukturen, so dass ihre Bedeutung jeweils lokal begrenzt ist. Von offizieller staatlicher Seite gibt es keine Unterstützung für die vigilantes, ihre Aktionen werden verurteilt.

Nachdem die Bedeutung und Zahl der vigilantes in den letzten Jahren beständig abgenommen hatte, sind in den letzten Monaten wieder zahlreiche Neugründungen bekannt geworden.

Nicht mit den vigilantes zu verwechseln sind die CAFGUs (Citizens Armed Forces Geographical Units), die als paramilitärische Einheiten unter der Kontrolle der Armee stehen.

9. Welche Personen führen die Verhandlungen mit der Gruppe der Entführer und in wieweit haben die Regierungen von Malaysia, Frankreich, Südafrika, Finnland, Libanon sowie die Bundesregierung Einfluss auf diese Verhandlungen?

Die philippinische Regierung hat eine Verhandlungsgruppe eingesetzt, der derzeit fünf Persönlichkeiten angehören:

- Secretary Robert Aventajado; Präsidentenberater und Chefunterhändler
- Abdukar Tan; Gouverneur von Jolo
- Farrouk Hussein; ehemaliger „Außenminister“ der MNLF
- Rajab Azzarouq; ehem. langjähriger libyscher Botschafter auf den Philippinen
- Ghazzali Ibrahim; Islamischer Schriftgelehrter auf Jolo

Die Botschafter der betroffenen Staaten stehen in direktem Kontakt mit diesem Regierungs-Panel und anderen Regierungsstellen und werden regelmäßig über alle Entwicklungen auf dem Laufenden gehalten. Der Bundesminister des Aus-

wärtigen, Joseph Fischer, und seine Kollegen aus Finnland und Frankreich haben in Manila am 13./14. Juli 2000 ausführliche Gespräche mit der philippinischen Regierung zur Geiselkrise geführt. Die Freilassung von Frau W. ist ein ermutigender Fortschritt.

10. Mit welchem Auftrag ist der außenpolitische Repräsentant der EU, Javier Solana, zu Gesprächen mit der philippinischen Regierung gefahren und wie wird das Ergebnis eingeschätzt?

Der Hohe Repräsentant für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Javier Solana, hat bei seinem Besuch in Manila am 9. Mai 2000 im Auftrag der EU das Anliegen hervorgehoben, dass die Regierung der Philippinen bei ihren Bemühungen um eine Lösung des Falls die Sicherheit der Entführten an die erste Stelle setzen und die humanitäre Versorgung der Geiseln sicherstellen möge; er hat zugleich die Bereitschaft der Mitgliedstaaten der EU zu engster Zusammenarbeit mit der Regierung der Philippinen betont. Die Mission war ein wichtiger Beitrag, um das praktische Zusammenwirken mit der Regierung der Philippinen weiter zu fundieren; sie hat außerdem die Solidarität der EU-Mitgliedstaaten in der Sache verdeutlicht.

11. Ist die Bundesregierung bereit, das geforderte Lösegeld für die Familie W. zu zahlen bzw. welche Strategie verfolgt die Bundesregierung?

Die Bundesregierung steht in engem Kontakt mit der Regierung der Philippinen, auf deren Hoheitsgebiet sich Entführer und Entführte befinden, und den Regierungen der betroffenen Staaten.

12. Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, dass „Abu Sayyaf eine Kreation der philippinischen Streitkräfte“ sei und Präsident Estrada auch um von gravierenden innenpolitischen Fehlern abzulenken, das Interesse seiner Nation auf den Süden konzentriert, wo er den Streitkräften weitgehend freie Hand bei der Lösung des Problems der aufständischen muslimischen Minderheit gewährt hat (FR., 3.6.00)?

Die Entstehungsgeschichte von Abu Sayyaf liegt im Dunkeln. So gibt es von verschiedener Seite u. a. auch die Vermutung, dass die philippinische Armee auf Bildung und Entwicklung der Gruppe Einfluss genommen hat. Eindeutige Beweise hierfür konnten bislang jedoch nicht vorgelegt werden.

Der Konflikt zwischen der philippinischen Zentralregierung und moslemischen Separatisten reicht bis in die spanische Kolonialzeit zurück.

Der Militäreinsatz ist auf den Philippinen nicht unumstritten. So hat die katholische Kirche bereits mehrfach die Einstellung aller Kampfhandlungen gegen die MILF und den Abschluss eines Friedensabkommens gefordert.

13. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung aufgrund der militärischen Angriffe getroffen bzw. geplant und welche Maßnahmen sind auf europäischer Ebene getroffen worden bzw. geplant?

Die Bundesregierung beobachtet die Lage in Mindanao mit großer Aufmerksamkeit. Sie ist überzeugt, dass eine tragfähige Lösung nur von der Regierung der Philippinen und den vor Ort beteiligten Parteien zu erreichen sein wird. Im Übrigen vgl. Antwort auf Frage 6. Die Bundesregierung warnt in den Reise- und Sicherheitshinweisen des Auswärtigen Amts zu den Philippinen wegen der in der Region Mindanao bestehenden Gefahren bereits seit langem vor Reisen in diesen Landesteil.

